

Der Wählerwille als unbekanntes Wesen

Es ist Regierungsbildungszeit. Nach den Wahlkampfprüchen wird spekuliert, welche Koalition die Österreicher angeblich am liebsten haben. Solche Aussagen von Politikbeobachtern und Politikern haben eine Sache gemeinsam: Sie sind Unsinn.

1 Kennen wir den Wählerwillen, was die Lieblingskoalition der Menschen ist? Nein! Der Grund dafür ist unser Wahlrecht. Egal, welche Partei jemand gewählt hat, er oder sie hat sich mittels Ankreuzen auf dem Stimmzettel zu 100 Prozent für diese entschieden. Alle anderen Parteien wurden nicht angekreuzt, also 100-prozentig abgelehnt.

Wie soll man daraus schlussfolgern, ob ein Wähler für oder gegen bestimmte Koalitionen ist? Das geht nicht. Wobei man diesen wahlrechtlichen Zwang zur Unterstützung nur einer einzigen Partei durchaus kritisieren kann. Finden Sie bei der von Ihnen gewählten Partei absolut alles und jeden gut? Ohne dass Sie irgendeinen Kritikpunkt ha-

ben? Das ist sogar unter Stammwählern selten der Fall.

2 Wer Wechselwähler ist oder bei der Wahlentscheidung lange zwischen mehreren Möglichkeiten geschwankt hat, findet naturgemäß mindestens eine zweite Partei halbwegs in Ordnung. Wenn wir wüssten, an wen sonst diese Stimmen vielleicht auch hätten gehen können, wäre das vielleicht ein Indiz für die Koalitionspräferenz. Doch keiner von uns hat in der Wahlzelle seine Meinung über die aus subjektiver Sicht zweitbeste Partei kundgetan.

Obwohl das denkbar wäre. Mit einem Wahlrecht, das man alle Listen auf dem Stimmzettel nach Platzzif-



PROF. PETER FILZMAIER

**Filzmaier
analysiert**

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Donau-Universität Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

fern reihen muss. Oder jedem Wähler 10 Punkte zur freien Vergabe bereitstellt. Diese dürfen alle einer Partei gegeben oder beliebig auf mehrere Lieblingsparteien verteilt werden. Politikwissenschaftlich ist es da



Schwierige Basis für eine Koalition: Das Verhältnis zwischen ÖVP und SPÖ ist getrübt.

Nur mit den Neos hat die ÖVP keine Mehrheit. Die Grünen könnten einspringen. Alle drei Parteien haben gegenüber der letzten Wahl an Prozenten zugelegt.

spannend, ob die Wahlzufriedenheit steigt, weil solche Optionen mehr dem Wählerwillen entsprechen würden.

3 Doch das ist pure Theorie. Kindisch sind hingegen Argumente, dass eine bestimmte Regierung gebildet werden solle, weil sie früher einmal beliebt gewesen war. Das ist in etwa so, als wenn man unbedingt seinen Ex-Ehepartner wieder heiraten muss. Ohne sich um den Meinungswechsel zu kümmern, längst jemand anderen zu mögen.

Die Motivation für so eine skurrile Argumentation ist meistens, dass man die eigene Partei unbedingt in der Regierung sehen will. Daher erinnern sich bis zum Wahltag auf Sebastian Kurz dauerschimpfende Parteilichkeiten der SPÖ urplötzlich daran, dass in grauer Vorzeit die Große Koalition mit der ÖVP noch größere Verdienste gehabt hätte. Was geschichtlich stimmt, aber für die Gegenwart falsch sein kann.

4 Ebenso schräg sind Wunschträume von

Anhängern der FPÖ, es müsse auf jeden Fall eine Neuauflage von ÖVP und FPÖ geben, weil das bis zum Mai 2019 sooooo beliebt gewesen wäre. Abgesehen davon, dass bloß eine knappe Mehrheit – der Rest war Werbepartner der Parteien – diese Regierungsform gut fand: Negativereignisse von Ibiza bis zur blauen Parteispendenaffäre dürfen keine Rolle spielen? Dass es im Kampf zwischen Herbert Kickl und Kurz mit einem Ministerauswurf und Kanzlersturz sozusagen politischen Mord und Totschlag gegeben hat, das wäre schnurz und piep?

5 Freilich ist es auch schlicht gedacht, es sollen automatisch die erst- und zweitplatzierte Partei eine Regierung bilden. Oder Wahlge-

winner im Sinn von Parteien mit einem Plus im Prozentergebnis gegenüber dem letzten Mal. Also ÖVP und Grüne oder diese zu dritt mit den Neos. Das kann man machen, doch in der Natur der Sache liegt es nicht.

Die zufällige Gemeinsamkeit eines Zugewinns sagt nichts darüber aus, ob man in der Politik gemeinsame Standpunkte vertritt. Was ist, wenn sich diese Parteien und deren Wähler so gar nicht mögen? Weil zugleich die Fans der Oppositionsparteien eine derartige Koalition schlecht finden, wären womöglich von Anfang an sehr viele Wähler gegen die neue Regierung.

6 Was bleibt uns da noch? Natürlich gibt es Umfragen, in denen man versucht, die Lieblingskoalitionen zu erforschen. Das aber hat viele Haken: Alle Befra-

gungen vor dem 29. September kann man wegwerfen, weil die Leute nicht wissen konnten, was sich rechnerisch überhaupt ausieht.

Die größte Übereinstimmung für ein Miteinander gab es etwa zwischen Wählern von ÖVP und Neos, die jedoch nur knapp 46 Prozent der Stimmen haben. Was spätere Umfragen betrifft: Na ja, und wenn sich das Stimmungsbild Woche für Woche ändert, wollen wir wöchentlich eine immer andere Regierung?

7 Was tun? Um nicht missverstanden zu werden: Natürlich darf man für oder gegen eine Koalition sein. Nur sich dabei auf die angebliche Mehrheitsmeinung zu berufen, das ist oft billige Propaganda. Deshalb sollten wir altmodisch so vorgehen, wie es die Verfassung will: Der Bundespräsident hat einen Auftrag zur Regierungsbildung vergeben. Die Parteivertreter sollen nach bestem Wissen und Gewissen inhaltlich seriös verhandeln.



Türkis und Grün gingen als Sieger aus der Nationalratswahl hervor.



Die FPÖ nimmt sich aus dem Koalitionspoker – zumindest sagt sie das offiziell.